

Studie zur Schweizer Sicherheitspolitik:

Weltpessimismus trifft auf Wunsch nach einsatzfähiger Armee (Auszug).

In Zürich wurde am 26. März 2024 im Rahmen einer Pressekonferenz die alljährlich erscheinende Studie „Sicherheit 2024“ präsentiert, die jährlich von der Militärakademie (MILAK) an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich durchgeführt wird.

Rückfragen Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch, Herausgeber der Studie „Sicherheit“ Dozent Militärsoziologie Militärakademie (MILAK) an der ETHZ +41 58 484 82 32 / +41 79 333 22 51, tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Kurzzusammenfassung

Für die Studie „Sicherheit 2024“ wurden durch YouGov Schweiz (ehemals LINK Marketing Services AG) zwischen dem 3. Januar 2024 und dem 22. Januar 2024 1223 Personen befragt, welche repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung in den drei großen Sprachregionen Deutschschweiz, Romandie und Tessin sind.

Zukunftserwartung und allgemeine Sicherheit

Stimmberechtigte bewerten im Januar 2024 die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage signifikant weniger optimistisch als noch im Januar 2023. 18 % sehen die Zukunft der weltpolitischen Lage optimistisch, was dem tiefsten Wert seit Messbeginn (2015) entspricht. Die Reduktion des Optimismus dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Ausbruch des Krieges in der Ukraine vom 24. Februar 2022 und des Israel-Gaza-Krieges seit dem 7. Oktober 2023 zurückgeführt werden. Die Zukunft der Schweiz wird dagegen von 79 % als optimistisch eingeschätzt und ist seit Juni 2022 statistisch unverändert. Trotz der Kriege ist das allgemeine Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung hoch. Im Januar 2024 fühlen sich mit 92 % etwas weniger Befragte sicher als noch im Januar 2023 (-2 Pp).

Vertrauen in Institutionen

Das Gesamtvertrauen befindet sich auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament erreichten in den Jahren seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie vergleichsweise hohe Vertrauenswerte. Dieses Vertrauens-Niveau wird 2024 nicht mehr erreicht und das Vertrauen in den Bundesrat sowie in das Eidgenössische Parlament ist statistisch signifikant gesunken. Trotzdem wird sowohl dem Bundesrat als auch dem Eidgenössischen Parlament im mehrjährigen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich stark vertraut.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die Meinung der Schweizer Stimmbevölkerung zu verschiedenen außen- und sicherheitspolitischen Themen erweist sich größtenteils als stabil. Insbesondere unterstützt weiterhin eine klare Mehrheit eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU (76%), das Engagement der Schweiz in der UNO (aktiv für UNO-Anliegen einsetzen: 60%; Schweizer UNO-Friedenstruppen: 59%) und vermehrte Konfliktvermittlung durch die Schweiz (76%). Nachdem sich im letzten Jahr 55 % der Befragten für eine Annäherung an die NATO aussprachen, sind es im Januar 2024 52 %.

Die Beitritte zur EU (17%) und zur NATO (30%) finden wie in allen Befragungen seit der Jahrtausendwende keine Mehrheit. Im Gegensatz zu diesen stabilen Werten ist die Zustimmung für mehr Entwicklungshilfe signifikant zurückgegangen (-7 Pp), wird aber trotzdem von einer Mehrheit von 58% unterstützt.

Auch bei der Meinung zur militärischen Autonomie gibt es Unterschiede zum letzten Jahr. Mit 39% (+6 Pp) finden signifikant mehr Befragte, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen soll. Dieser Wert liegt aber weiterhin unter dem Zehnjahresschnitt von 43%.

Formen der politischen und institutionellen Kooperation mit der NATO stossen auf breite Zustimmung, solange sie auf der Ebene von Gesprächen und Planungen bleiben. Auch einer technologischen Zusammenarbeit mit der NATO steht aus Sicht einer Mehrheit der Bevölkerung nichts entgegen. Geteilter Meinung ist die Schweizer Bevölkerung gegenüber operativen Formen der Kooperation mit der NATO.

Neutralität

Gegenüber Januar 2022 (- 6 Pp) wird das Neutralitätsprinzip zwar weniger stark befürwortet, erhält aber mit 91% weiterhin sehr hohen Zuspruch und der Wert ist identisch zum Januar 2023. Dagegen ist die „differenzielle“ Neutralität – bei politischen Konflikten klar Stellung beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben – signifikant gesunken (51%, - 6 Pp). Das Bedürfnis, auch eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland abzugeben, ist zwar von 18 % (im Januar 2021) auf 26% im Januar 2024 gestiegen – bleibt aber im Vorjahresvergleich unverändert. Nach wie vor unterstützt eine Bevölkerungsmehrheit die Solidaritäts- (90%, - 2 Pp) und Identitätsfunktion (79%, -1 Pp) der Neutralität.

Während die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität innerhalb eines Jahres deutlich von 55% auf 61% gestiegen ist, wird die Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses in Europa gegenüber der Beibehaltung der Neutralität unverändert von einem guten Drittel präferiert.

Sanktionen gegenüber Russland

Im Vergleich zum Juni 2022 und Januar 2023 haben sich die Einstellungen bezüglich der Schweizer Sanktionen gegenüber Russland signifikant verändert. Obschon immer noch eine Mehrheit von der Richtigkeit der Sanktionen (69%, - 6 Pp) und der Vereinbarkeit der Sanktionen mit der Neutralität (64%, - 6 Pp) überzeugt ist, wird 2024 eine signifikant tiefere Zustimmung gemessen.

Obwohl mit 41% (+7 Pp) die Ansicht, dass die Schweiz ihre „Guten Dienste“ infolge der Sanktionen nicht mehr anbieten kann, nach wie vor die Meinung einer Minderheit ist, ist die Zustimmung signifikant gestiegen.

Verteidigungspolitik

Der Wunsch, dass die Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee gestärkt werden soll, ist im Januar 2024 noch klarer in der Stimmbevölkerung präsent als noch im Jahr zuvor. So wünschen sich mehr Stimmberechtigte eine „sehr gut ausgebildete“ (92%, +3 Pp) sowie eine „vollständig ausgerüstete“ Armee (79% +3 Pp). Auch erachtet beinahe die Hälfte der Befragten (48%, +5 Pp) die Armee als eine zentrale Institution in der Schweizer Gesellschaft. Gleichzeitig sprechen sich weniger Schweizerinnen und Schweizer für die Abschaffung der Wehrpflicht aus (31%, - 4 Pp).

Bemerkenswert ist vor allem der hohe Anteil an Personen, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu gering einschätzen (20% +6 Pp). Dass jede fünfte Person die Armeeausgaben als zu gering einstuft, ist seit 1986 ein historisch hoher Wert. Eine relative Mehrheit von 45% empfindet die Verteidigungsausgaben als gerade richtig. Erstmals wurden die Stimmberechtigten gefragt, inwiefern das Bewusstsein für die Landesverteidigung in der Gesellschaft gestärkt werden soll, und ob Jugendliche in der Schule verstärkt über die Aufgaben der Armee informiert werden sollen. Beiden Aussagen stimmt eine deutliche Mehrheit von 73% der Befragten zu.

Wichtigkeit ausgewählter Armeeaufgaben

Die größte Wichtigkeit für die Armee sehen Schweizer/innen in der Katastrophenhilfe in der Schweiz sowie in der Landesverteidigung im Falle eines Krieges. Diese zwei Aufgaben erhielten bereits in früheren Messungen klar die höchste Zustimmung. Auch die Verhinderung von Terrorangriffen, die Abwehr von Cyber-Attacken, sowie die Wahrung der Lufthoheit werden als besonders wichtige Armeeaufgaben betrachtet. Verhältnismässig am geringsten wird die Wichtigkeit von Friedenstruppen-Einsätzen im Ausland sowie von Aufgaben im Rahmen von Sport- und Freizeit-anlässen eingeschätzt. Hervorzuheben ist jedoch, dass insgesamt die Wichtigkeit von Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung im Vergleich zur Zeit vor gut 20 Jahren zugenommen hat. Oder anders ausgedrückt: Schweizerinnen und Schweizer gehen davon aus, dass sich die Armee um mehr Aufgaben kümmern muss als in früheren Jahren.

Laut einer klaren Mehrheit von 81% wird die Abwehr von Cyber-Attacken durch die Armee in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Das Verhindern von Terrorattacken sowie die Unterstützung der Grenzschutz bei großen Flüchtlingsströmen sehen jeweils 63 % zukünftig als bedeutsamer für die Armee. 62% gehen davon aus, dass sich die Armee in Zukunft vermehrt mit der Katastrophenhilfe in der Schweiz beschäftigen wird.

Darüber, ob die Landesverteidigung im Kriegsfall an Bedeutung gewinnen wird, zeigt sich die Stimmbevölkerung eher gespalten. 47% sehen darin eine gleichbleibende Bedeutung, während 44% diese Aufgabe in Zukunft als bedeutender bewerten.

Künstliche Intelligenz (KI) und Schweizer Armee

In der Studie „Sicherheit 2024“ wurde die Bevölkerung erstmals zu ihrer Meinung zu KI im militärischen Einsatz befragt. Klare Mehrheiten sind der Meinung, dass deren Entwicklung gefördert werden sollte (63%) und dass der militärische Einsatz von KI durch die Armee die Sicherheit der Schweiz erhöht (61%). 45% der Stimmbevölkerung sind der Ansicht, dass der militärische Einsatz von KI durch die Armee ein großes Risiko für die Schweiz darstellt. 28% der Befragten vertreten die Meinung, dass die Entwicklung von KI für den militärischen Kontext grundsätzlich falsch ist.

Mit der Wahl zum nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNO) und der relativ klaren Positionierung im Ukraine-Krieg hat sich die Schweiz in den letzten Jahren außenpolitisch so stark exponiert wie seit langem nicht mehr. Sicherheitspolitisch entwickelt sich die Schweiz insbesondere in zwei Richtungen. Einerseits will sich die Schweizer Armee wieder eindeutig mehr auf die Landesverteidigung fokussieren. Andererseits drängt sie auf eine konsequente internationale Zusammenarbeit – im Besonderen mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO). Angesichts der vergleichsweise großen Mitspracherechte der Stimmbevölkerung bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen ist die Meinung des Souveräns entscheidend für diese grundlegenden Richtungsänderungen.

Annäherung an die NATO

Im Jänner 2024 sprechen sich 52 % (-3 Pp; 10 % „sehr einverstanden“, 42 % „eher einverstanden“) der Befragten für eine Annäherung an die NATO aus. Zwischen 2024 und den letzten beiden Erhebungen (Januar 2023: -3 Pp; Juni 2022: ±0 Pp) bleibt die Zustimmung unverändert. Im Vergleich zur letzten Erhebung vor dem Ukraine-Krieg im Januar 2021 (+7 Pp, 45 %) ist die Zustimmung statistisch signifikant gestiegen und liegt weiterhin deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt von 41 %.

Wer eine Annäherung an die NATO befürwortet, unterstützt auch vermehrt, dass sich die Schweiz an der European Skyshield Initiative beteiligen sollte. 30 % (-1 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer befürworteten aktuell einen NATO-Beitritt der Schweiz. Obwohl Stimmberechtigte über das gesamte politische Spektrum einen NATO-Beitritt der Schweiz mehrheitlich ablehnen, ist die Ablehnung im politisch rechten Lager am stärksten ausgeprägt. Es scheint sich außerdem eine neue Dynamik zwischen den Altersgruppen zu zeigen. Wiederum sieht die jüngste Altersgruppe einen NATO-Beitritt am kritischsten, während die ältesten Befragten am stärksten zustimmen und sich die anderen Kategorien dazwischen einmitten.

Weiter unterstützen Frauen einen NATO-Beitritt stärker als Männer. Personen, die der NATO beitreten möchten, tendieren auch zu einem EU-Beitritt und einer Teilnahme an der European Skyshield Initiative.

Im Jänner 2024 sprachen sich 88 % der Schweizerinnen und Schweizer dafür aus, dass die Schweiz weiterhin Gespräche mit der NATO führen sollte. Umgekehrt stimmen 9 % der Befragten zu, dass die Schweiz den Dialog mit der NATO einstellen sollte. Die Kooperation in Form von einem fortlaufenden Dialog erhält somit den höchsten Zuspruch unter allen abgefragten Kooperationsmöglichkeiten. An zweiter Stelle stehen die beiden Formen der technologischen Kooperation: Insgesamt befürworten 72 % der Befragten, dass die Schweiz gemeinsam mit der NATO militärisch nutzbare Technologien weiterentwickeln soll, und 69 % sind der Ansicht, dass die Schweiz vor allem auf Waffensysteme setzen sollte, die zusammen mit der NATO verwendet werden können. Des Weiteren spricht sich mit 61 % auch eine Mehrheit dafür aus, dass die Schweiz ein „Individuelles Partnerschaftsprogramm“ mit der NATO plant. Uneinigkeit herrscht bezüglich einer operativen Kooperation mit der NATO. 50% sind der Auffassung, die Schweiz sollte Milizsoldaten zu gemeinsamen Verteidigungsübungen mit der NATO entsenden, während 48% dafür plädieren, dass die Schweiz ihre Luftraumüberwachung ohne die Hilfe der NATO durchführen sollte. Umgekehrt sprechen sich damit 49% dafür aus, die Luftraumüberwachung mit Hilfe der NATO durchzuführen. Eine klare Ablehnung erfährt der Vorschlag, dass die Schweiz vermehrt als Gastgeberin für gemeinsame NATO-Veranstaltungen fungieren sollte. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die politische und institutionelle Kooperation mit der NATO breite Zustimmung erfährt, solange diese auf der Ebene von Gesprächen und Planungen bleibt. Ebenso spricht aus Sicht der Stimmbewölkerung nichts gegen eine technologische Kooperation mit der NATO. Dialoge, Planungen, die Entwicklung militärisch nutzbarer Technologien und die Präferenz für interoperable Waffensysteme sind Formen der Zusammenarbeit, die keine konkreten Handlungen mit kombattantem Charakter beinhalten.

Die nach politischen Lagern aufgeschlüsselte Betrachtung zeigt auch, dass die wiedererstarke Unterstützung der militärischen Autonomie eindeutig von rechts kommt. Im Jänner 2024 stimmten 30% (+3 Pp) der Stimmberechtigten der Ansicht zu, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte.

Europäisches Bündnis im Bereich Luftverteidigung (Sky Shield)

Als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich 19 europäische Staaten in der sogenannten „European Skyshield Initiative“ zusammengeschlossen, um ihre gemeinsame Luftverteidigung zu stärken. Die Initiative soll die Verteidigung gegen Gefahren aus der Luft effektiver machen, die Beschaffung wirtschaftlicher gestalten und die Interoperabilität gewährleisten. Trotz ihrer Neutralität sind sowohl die Schweiz wie auch Österreich Teil der Initiative. Dabei hielten beide Staaten ihre neutralitätspolitischen Vorbehalte in einer Zusatzerklärung fest, um die Teilnahme an militärischen Konflikten von vornherein auszuschliessen. Obwohl die Teilnahme an der Skyshield Initiative keine Volksabstimmung benötigt, wurde die Initiative von den Schweizer Medien stark thematisiert. In der Studie „Sicherheit 2024“ wird zum ersten Mal die Unterstützung zur Aussage „die Schweiz sollte sich an der European Skyshield Initiative zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Luftverteidigung beteiligen“ erfragt.

Im Januar 2024 stimmen dieser Aussage 62% der Stimmbevölkerung „sehr“ (14% oder „eher“ (48%) zu. 29% stimmen dieser Aussage nicht zu und ein vergleichsweise hoher Anteil von 9% der Stimmberechtigten macht hierzu keine Angabe. Insbesondere in der Romandie ist dieser Anteil hoch.

Soziodemografische Einflüsse: Auch in Bezug auf die Unterstützung für die Skyshield-Initiative zeigen sich die Unterschiede zwischen den verschiedenen Alterskategorien: Ab 65-Jährige stimmen der Initiative signifikant stärker als 18–34-Jährige zu. Weiter unterstützen Männer und Stimmberechtigte mit hoher Bildung die Teilnahme an der Skyshield Initiative stärker.

Hptm Prof. Ing. Ernest Enzelsberger MBA (WU Wien), Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg, Ehrenmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
